



FARNOOD / SIPA

will keine Islamische Republik, nur die Herrschaft der Religion, ohne Rücksicht auf die demokratischen Aspekte in der Verfassung. Sein Schicksal und das von Präsident Mahmud Ahmadinedschad sind miteinander verknüpft. Der eine reißt den anderen mit in den Abgrund.

SPIEGEL: Halten Sie einen Sturz Chameneis wirklich für wahrscheinlich?

Saharchis: Es ist das erste Mal in 30 Jahren Islamischer Republik, dass unsere Bevölkerung eine Wahl durch so deutlichen Protest nicht anerkennt. Und es ist das erste Mal, dass das Ausland die Legitimation des Regimes in Teheran in Zweifel zieht. Bisher haben nur elf Regierungen dem offiziellen Wahlsieger Ahmadinedschad gratuliert. Das ist der Preis, den der religiöse Führer zahlen muss, der Persönlichkeiten wie Karrubi und Mussawi nicht an die Macht lassen wollte, weil sie sich nicht wie Marionetten führen lassen.

SPIEGEL: Was erwarten Sie jetzt vom Westen?

Saharchis: Iran hat die Uno-Konventionen über Bürgerrechte unterzeichnet. Auf deren Einhaltung sollte der Westen bestehen. Das Ausland sollte dieses Regime nicht anerkennen, auch dessen Botschafter nicht.

SPIEGEL: Wann wird Teheran, das Zentrum der Oppositionsbewegung, zur Normalität zurückkehren?

Saharchis: Am Tage vielleicht schon bald, aber nicht in der Nacht. Wenn es dunkel wird, werden die Proteste eher zunehmen. Die Rufe von den Dächern „Nieder mit dem Diktator“ werden zur Nachtmusik anschwellen.

USA

Gezielter Rückzug

Bei der Erklärung zu ihrem Rücktritt als Gouverneurin von Alaska bemühte Sarah Palin ihre Vergangenheit als Basketballspielerin: „Ich weiß, wann man den Ball weitergeben muss, um zu gewinnen.“ Ihre überraschende Entscheidung am vergangenen Freitag löste nicht zuletzt wegen dieser Aussage umgehend Spekulationen aus, Palin wolle 2012 gegen Barack Obama in den Präsidentschaftswahlkampf ziehen. Palin, die ehemalige Vize-Prsidentschaftskandidatin von John McCain, steht nach wie vor im Mittelpunkt mehrerer Untersuchungen zu moralisch fragwürdigen Vorgängen ihrer politischen Vergangenheit. In einem umfangreichen „Vanity Fair“-Artikel wurden ihr gerade erst wieder diverse Muscheleien vorgeworfen. Die Aufgabe ihres jetzigen politischen Amtes könnte sie vor weiteren Nachforschungen bewahren. Angeblich beläuft sich der Streitwert der Klagen gegen sie auf mittlerweile 300 000 Dollar, das zumindest berichtete die „Anchorage Daily News“ in der vergangenen Woche. Ohne die Verpflichtungen und die Last des Gouverneursamtes hätte Palin mehr Zeit, sich



ROBERT DEBERY/AP

Palin

auf eine Prsidentschaftskandidatur vorzubereiten. „Wir ziehen uns nicht zurück, wir schreiten nur in eine andere Richtung voran“, zitierte Palin am Freitag Weltkriegsgeneral Douglas MacArthur. Nicht ausgeschlossen sei aber auch, so meldete der Sender MSNBC am Freitag, dass sich der erzkonservative Star der Republikaner endgültig aus der Politik zurückziehe.

SLOWAKEI

Reine Sprache

In Bratislava regiert Europas bizarrste Koalition: Premier Robert Fico, ein Sozialdemokrat, stützt sein Regiment unter anderem ausgerechnet auf die rechtsextreme Nationalpartei. Bisher hat das seltsame Gespann eine liberale Wirtschaftspolitik verfolgt, Anfang des Jahres hat es sogar den Euro eingeführt. Doch jetzt sah sich Fico wohl in der Pflicht, die Partner vom rechten Rand zufriedenzustellen. Ein neues Sprachengesetz bestimmt, dass im nichtprivaten

Bereich, also etwa in amtlichen Verlautbarungen und Formularen, auf Schildern, Anzeigetafeln und Plakaten prinzipiell nur noch Slowakisch als Sprache benutzt werden darf. Verstöße dagegen können mit bis zu 5000 Euro Strafe geahndet werden. Eine staatliche Kommission soll die Reinheit der Sprache überwachen: „Wir wollen den Leuten helfen, die sich in ihrem eigenen Land bald nicht mehr zurechtfinden“, sagt Kulturminister Marek Madari. Das neue Gesetz trifft vor allem die ungarische Minderheit, die mit rund einer halben Million Angehörigen zehn Prozent der Slowaken stellt. Im Süden des Landes gibt es Dörfer, die zu mehr als

90 Prozent von Ungarisch sprechenden Menschen bewohnt sind. „Das ist sprachlicher Imperialismus“, erregt sich deshalb Pl Csky von der Partei der ungarischen Minderheit. Seit Jahren schon streiten sich die EU-Länder Slowakei und Ungarn über den Umgang mit der Minderheit. Premier Fico war vor acht Jahren das letzte Mal bei den Nachbarn, sein eigentlich für diese Woche geplanter Staatsbesuch in Ungarn steht auf der Kippe.



ALAMY / MAURITIUS IMAGES

Angehörige der ungarischen Minderheit